Gemeinderatssitzung vom 12.06.2007

2 **Behandlung der Jahresrechnung 2006**

BM Mag. Ernst Schöpf berichtet, dass die Jahresrechnung ordnungsgemäß aufgelegt und bereits von der Gemeindeabteilung der BH Imst überprüft wurde. Auch der Überprüfungsausschuss hat sich eingehend damit befasst und Überprüfungsausschussobmann Michael Falkner wird dazu seinen Bericht abgeben.

Er selber werde dazu vorweg nur die wichtigsten Zahlen erläutern und die Einnahmen- bzw. Ausgabenüberschreitungen von mehr als € 72.000 erklären. Der Bürgermeister trägt die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushalts vor und stellt abschließend fest, dass auch 2006 wieder gut gewirtschaftet wurde.

GR Michael Falkner berichtet, dass der Überprüfungsausschuss die Jahresrechnung in Anwesenheit der Gemeindebediensteten Christoph Kneisl und Makarius Fender geprüft hat. Er dankt für die sehr ordentliche Arbeit und ersucht darum, den Dank auch an die weiteren Mitarbeiter weiter zu geben.

Zum Haushalt für er aus, dass maßgebend nur der ordentliche Haushalt ist. Die eigenen Steuern haben 2006 2,6 Millionen Euro ausgemacht, wobei die Kommunalsteuer 1,8 Mio. und die Grundsteuer B 0,8 Mio. betragen. Die Entwicklung dieser Steuern war im abgelaufenen Jahr sehr gut und konnten gesteigert werden.

Von den weiteren Einnahmen entfallen auf die Abgabenertragsanteile 3,7 Mio., auf Abgaben nach der Tiroler Bauordnung 0,8 Mio., auf Benützungsentgelte nach dem FAG 5,3 Mio., auf Verkaufserlöse 1,0 Mio., auf sonstige Einnahmen 1,0 Mio. und auf Gewinnentnahmen 1,5 Millionen. Zu den Gewinnentnahmen führt er aus, dass diese reine Maastricht-Buchungen darstellen.

Zu den Ausgaben merkt er an, dass die Personalkosten 2,6 Mio. betragen (wachsen laufend an durch Gehaltserhöhung bzw. Anstellung von weiterem Personal). Für die Sonstige Verwaltung wurden 2,7 Mio., an Transferzahlungen 2,2 Millionen, für Gebrauchsgüter 0,6 Mio. ausgegeben.

Für Investitionen bzw. Sonderausgaben stehen derzeit 3,0 Millionen Euro zur Verfügung. Diese sind nicht fix verplant.

Zur Zahlungsmoral führt der Obmann an, dass diese ausgezeichnet ist und bei Stundungen bzw. Exekutionen nur € 183.000 offen sind. Auch das Altersheim hat im vergangenen Jahr einen kleinen Überschuss von € 30.000 erwirtschaftet, wobei kleinere Reparaturen darin berücksichtigt sind.

Bei den Gebührenhaushalten ergab sich im Jahr 2006 ein Minus von 10.000 Euro beim Wasser, bzw. von 245.000 Euro beim Kanal. Diese sind bis zum Jahr 2008/2009 jedoch sicher wieder ausgeglichen.

An offenen Darlehen gibt es derzeit € 17,1 Millionen und bei den Leasingobjekten 2,5 Millionen. Diese sind jedoch längerfristig und werden aus dem laufenden Haushalt bedient. Das Einsatzzentrum konnte mit 6,2 Millionen (netto) abgerechnet werden. Der beschlossenen Rahmen dafür hat 6,8 Millionen betragen. Für den Sportplatz sind 1,0 Millionen Euro ausgegeben worden.

Abschließend dankt der Obmann des Überprüfungsausschusses dem Bürgermeister und auch den Gemeinderäten für die geleistete Arbeit.

Die Überschreitungen von mehr als 72.000 Euro werden wie folgt begründet:

Ausgaben:

Amtsgebäude Freiwillige Feuerwehr Sölden	wurde nicht benötigt Einrichtungen wurden nicht über die TKL finanziert sondern aus dem Haushalt
Betriebsausstattung Deponierte Kautiön Volksschule Gurgl – Instandhaltung sonst. Anl.	Anschaffung Atemschutz etc. Bezahlung ist erst 2007 erfolgt gesamtes Dachgeschoß ange- hoben
Kautiön Rotes Kreuz Gemeindestraßen/Straßenbauten	Bezahlung erst 2007 erfolgt Gesamtpositionen wurden ein- gehalten
Lawinenschutzbauten	zusätzliche Ausgaben wie z. B. Pitze etc.
Straßenreinigung Gurgl Friedhöfe Gewinnentnahme Wasserversorgung Schuldentilgung/Zinsen	wurde auf Klärwerk gebucht Vorsteuerabzug vorgenommen Maastricht-Buchung durch Zinssteigerung weniger Tilgung
Gewinnentnahme Abwasserbeseitigung Freizeit-Arena	Maastricht-Buchung Rückzug Zusage TVB für Inves- tition
Zuführung Rücklage	wurde für Zwischenfinanzierung verwendet
Abwasserbeseitigung/Kanalableitung Gurgl	beide Positionen gleichen sich aus
Einnahmen: Amtsgebäude Einmalige Grundverkäufe	wurde nicht gebraucht Wohnanlage Pitze II, Seebacher etc.
Wasser/Anschlussgebühren Abwasser/Kostenersätze Abwasser/Anschlussgebühren Abwasser/Benützungsgbühren Erweiterungsgbühr	war für mehrere Jahre Vergütung Energieabgabe war für mehrere Jahre weniger Verbrauch laufend war bereits 2005 in der Jahres- rechnung
Restmüllgebühr Müllanschlussgebühren Forst/Kapitaltransferzahlungen Beteiligungen Grundsteuer B	weniger Restmüll ist angefallen war für mehrere Jahre Ausgleich lt. Maastricht Maastricht-Buchung Bewertungen durch Finanzamt verstärkt
Getränksteuer Erschließungsbeiträge	Ausbuchung Bautätigkeit bzw. Nachverrech- nungen
Ertragsanteile Abwicklung Vorjahre ABA Sölden/Gurgl	gute Wirtschaftslage wurde bewusst niedrig angesetzt gleicht sich intern aus

Zum Verschuldungsgrad merkt GR Michael Falkner noch an, dass dieser von ca. 39 % im Jahr 2005 auf rd. 21 % im Jahr 2006 zurückgegangen ist. Dieser hat jedoch wie daraus ersichtlich ist, keine Aussagekraft.

Zur Anfrage betreffend die Veränderung der Einnahmen bzw. Ausgaben von 2005

auf 2006 wird mitgeteilt, dass das Budget im Jahr 2005 rd. 13 Mio. Euro und im Jahr 2006 rd. 16,3 Mio. betragen hat. Die Differenz ist jedoch auf den Nachholbedarf bei den Anschlussgebühren zurückzuführen. Deswegen wurde auch im Bauamt eine weitere Person angestellt, damit die Gebührenschriftstellung effizienter erfolgen kann.

Zur Erledigung der Jahresrechnung übernimmt Vizebürgermeister Alois Scheiber den Vorsitz. Er schließt sich dem Dank des Prüfungsausschusses an und dankt auch dem Bürgermeister für die geleistete Arbeit im abgelaufenen Jahr. Nachdem keine weiteren Anfragen gestellt werden, wird über die Jahresrechnung abgestimmt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die in der Zeit vom 21.05.2006 – 04.06.2006 zur öffentlichen Einsichtnahme aufgelegene Jahresrechnung 2006 sowie die Überschreitungen der Einnahmen und Ausgaben zu genehmigen. Die Jahresrechnung 2006 wird mit folgenden Endsummen genehmigt:

	Ordentlicher Haushalt	Außerordentlicher Haushalt
Einnahmen	21.558.344,84	1.286.963,42
Ausgaben	19.913.092,77	1.286.963,42
Rechnungsergebnis	4.645.252,07	0,00
Kassenbestand	- 1.221.158,88	

Anschließend an die Erledigung der Jahresrechnung übergibt der Vizebürgermeister wieder den Vorsitz an den Bürgermeister.

4 Flächenwidmungsänderungen

4.1 Widmungsanpassung im Bereich Siedlungsgebiet Pitze

Es ist die Ausführung eines weiteren Mietwohnhauses geplant. Dafür sind bereits 15 Ansuchen eingelangt. Mit dem Bau soll im Jahr 2008 begonnen werden. Im Bereich des Siedlungsgebietes ist eine kleine Widmungsanpassung notwendig.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Gleichzeitig wird die dem Entwurf entsprechende Änderung beschlossen, wobei dieser Beschluss jedoch erst dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Kundmachungsfrist keine Stellungnahmen zum Entwurf abgegeben werden.

Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Entwurf sieht vor:

Umwidmung im Bereich der Gp. 2506/8 (lt. DKM) von derzeit Freiland in „Wohngebiet“ gemäß § 38 Abs. 1 TROG 2006 und

Umwidmung einer Teilfläche der Gp. 2506/20 (lt. DKM) von derzeit Wohngebiet in Freiland gemäß § 41 TROG 2006

(lt. Änderungsplan des DI Reinhard Falch)

4.2 **Widmungsänderung im Bereich der Gp. 5325/1 KG Sölden (Liftgesellschaft Obergurgl, Kressbrunnenweg 9)**

GR Lukas Scheiber führt aus, dass die Errichtung eines Selbstbedienungsrestaurants mit ca. 200 Sitzplätzen sowie Terrasse geplant ist. Die Gesamtfläche beträgt ca. 1.300 m².

BM Schöpf berichtet, dass ein Ansuchen der Agrargemeinschaft Kippele-Rotomoos-Alpe, die Grundeigentümer der zu widmenden Fläche ist, eingebracht wurde.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Gleichzeitig wird die dem Entwurf entsprechende Änderung beschlossen, wobei dieser Beschluss jedoch erst dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Kundmachungsfrist keine Stellungnahmen zum Entwurf abgegeben werden.

Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Entwurf sieht vor:

Umwidmung im Bereich der Gp. .1515 und 5325/1 von derzeit Freiland sowie eine kleine Teilfläche der Gp. 5325/1 von derzeit Sonderfläche Schipiste in eine „Sonderfläche Bergrestaurant mit Alpin- und Schimuseum“ gemäß § 43 Abs. 1 lit. a TORG 2006

(lt. Änderungsplan des DI Reinhard Falch)

4.3 **Widmungsänderung im Bereich der Gp. 5049/1 KG Sölden (Achhorner Ägidius, Dreihäuserweg 5)**

Im Bereich des Wirtschaftsgebäudes soll für den Sohn eine Wohnung errichtet werden. Die Stellungnahme über die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit liegt vor.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Gleichzeitig wird die dem Entwurf entsprechende Änderung beschlossen, wobei dieser Beschluss jedoch erst dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Kundmachungsfrist keine Stellungnahmen zum Entwurf abgegeben werden.

Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Entwurf sieht vor:

Umwidmung im Bereich der Gp. 5049/1 von derzeit Freiland in eine Sonderfläche Hofstelle gemäß § 44 TROG 2006

(lt. Änderungsplan des DI Reinhard Falch)

4.4 **Widmungsänderung im Bereich der Gp. 5022/2 KG Sölden (Grüner Thomas, Gurglerstraße 71)**

GR Ing. Gerhard Gstrein berichtet, dass die Errichtung eines neuen Wirtschaftsgebäudes sowie Nebengebäudes ohne Wohnung geplant ist.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Gleichzeitig wird die dem Entwurf entsprechende Änderung beschlossen, wobei dieser Beschluss jedoch erst dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Kundmachungsfrist keine Stellungnahmen zum Entwurf abgegeben werden.

Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Entwurf sieht vor:

Umwidmung im Bereich der Gpn. 5022 und 5012/6 (lt. DKM) von derzeit Freiland in eine „Sonderfläche für sonstige land- und forstwirtschaftliche Gebäude – landwirtschaftliches Wirtschaftsgebäude mit landwirtschaftlichen Nebengebäuden“ gemäß § 47 TROG 2006

(lt. Änderungsplan des DI Reinhard Falch)

4.5 **Widmungsänderung im Bereich der Gp. 891/2 (Kneisl Kornelia u. Mitbesitzer, Panoramastraße 46)**

Im Zuge eines Flurbereinigungsverfahrens werden bebaubare Flächen in Grünwald geschaffen. Die Umwidmung kann vorgenommen werden. Eine Bauverhandlung für das bereits geplante Bauvorhaben ist erst nach grundbücherlicher Durchführung der Grundtausche möglich. Die Weiterleitung des Umwidmungsaktes an das Land erfolgt daher erst nach der Verbücherung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Gleichzeitig wird die dem Entwurf entsprechende Änderung beschlossen, wobei dieser Beschluss jedoch erst dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Kundmachungsfrist keine Stellungnahmen zum Entwurf abgegeben werden.

Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Entwurf sieht vor:

Umwidmung im Bereich der Gp. 891/1 von derzeit Freiland in „Landwirtschaftliches Mischgebiet“ gemäß § 40 Abs. 5 TROG 2006 und Umwidmung von Teilflächen der Gpn. 891/1 und 898 von derzeit landwirtschaftlichen Mischgebiet in „Freiland“ gemäß § 41 TROG 2006

(lt. Änderungsplan des DI Reinhard Falch)

4.6 **Widmungsänderung im Bereich der Gp. 2083/2 KG Sölden (Grüner Johann, Kapellenweg 10)**

Der Bürgermeister berichtet, dass GR Grüner Johann eine Grundfläche beim Wohnhaus erhält. Die Umwidmung soll in landwirtschaftliches Mischgebiet erfolgen. Dort sind maximal 40 Gästebetten erlaubt, an die er sich zu halten hat. Weiters ist auch eine Zustimmungserklärung zur Grundabtretung an das öffentliche Gut erforderlich.

Bauausschussobmann Ing. Gerhard Gstrein führt aus, dass im Ausschuss diese Angelegenheit ausführlich diskutiert wurde. Die Zufahrt muss entsprechend der Straßenrechtsverhandlung geregelt werden. Für die Schipiste ist noch eine Stellungnahme des Schipistenbetreibers erforderlich.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Gleichzeitig wird die dem Entwurf entsprechende Änderung beschlossen, wobei dieser Beschluss jedoch erst dann rechtswirksam wird, wenn innerhalb der Kundmachungsfrist keine Stellungnahmen zum Entwurf abgegeben werden.

Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Entwurf sieht vor:

Umwidmung im Bereich der Gp. 2083/2 (neu vermessene Teilfläche) von derzeit Freiland bzw. Sonderfläche Schipiste in „Landwirtschaftliches Mischgebiet“ gemäß § 40 Abs. 5 TROG 2006

(lt. Änderungsplan des DI Reinhard Falch)

5 **Bebauungspläne**

5.1 **1. Änderung des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes A79/E1 Rainstadl 5 - Marktstandl**

Die Erledigung dieses Bebauungsplanes hat sich verzögert, weil einige Vorgaben durch den Antragsteller erst jetzt erfüllt wurden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die 1. Änderung des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes „A75/E1 Rainstadl 5 – Marktstandl“ ab dem

Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde Sölden haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Gemeinderat beschließt zudem, den zur Einsicht aufgelegten Entwurf der 1. Änderung des allgemeinen und ergänzenden Bebauungsplanes „A75/E2 Rainstadl 5 - Marktstandl“ mit Ablauf der Einspruchsfrist zu erlassen. Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden.

5.2 **Ergänzender Bebauungsplan Siedlung Pitze neu - Wohnblock östlich**

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die 2. Änderung des allgemeinen Bebauungsplanes „80 Siedlung Pitze/neu“ sowie den ergänzenden Bebauungsplan „A80/E3 Siedlung Pitze neu - östlicher Wohnblock“ ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde Sölden haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Gemeinderat beschließt zudem, den zur Einsicht aufgelegten Entwurf über die 2. Änderung des allgemeinen Bebauungsplanes „80 Siedlung Pitze/neu“ sowie den ergänzenden Bebauungsplan „A80/E3 Siedlung Pitze neu - östlicher Wohnblock“ mit Ablauf der Einspruchsfrist zu erlassen. Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden.

5.3 **Änderung des ergänzenden Bebauungsplanes A68/E1 Zwieselstein 1 - Moser P.**

Im Bereich des Wohnhauses soll für den Sohn eine Wohnmöglichkeit geschaffen werden. Die Platzverhältnisse sind sehr beengt, jedoch kann sich die Gemeinde ein Heranbauen an den Zufahrtsbereich zum ehemaligen ÖVG-Gebäude vorstellen. Eine Stellungnahme der Landesstelle für Brandverhütung ist noch einzuholen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Entwurf über die 1. Änderung des ergänzenden Bebauungsplanes „A68/E1 Zwieselstein 1 – Moser P.“ ab dem Tag der Kundmachung durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. Personen, die einen ordentlichen Wohnsitz in der Gemeinde Sölden haben, und Rechtsträger, die in der Gemeinde eine Liegenschaft oder Betrieb besitzen, steht das Recht zu, bis spätestens eine Woche nach dem Ablauf der Auflagefrist eine schriftliche Stellungnahme zum Entwurf abzugeben.

Der Gemeinderat beschließt zudem, den zur Einsicht aufgelegten Entwurf der 1. Änderung des ergänzenden Bebauungsplanes „A68/E1 Zwieselstein 1 – Moser P.“ mit Ablauf der Einspruchsfrist zu erlassen. Dieser Beschluss wird jedoch nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflagefrist keine Stellungnahmen zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben werden.

6 **Grundanangelegenheiten**

6.1 Genehmigung der Vermessung im Bereich der Öztal Straße beim Einsatzzentrum (Vermessung GZI. 54607/03/2)

Der Gemeinderat beschließt, die Vermessung lt. Teilungsplan der Vermessung AVT ZT GmbH vom 06.12.2006, GZ 54607/03/2, zu genehmigen.

6.2 Genehmigung der Vermessung im Bereich Mehrzweckgebäude Wohlfahrt Gp. 2380/4 - GZI. 54420/03

Der Gemeinderat beschließt, die Vermessung lt. Teilungsplan der Vermessung AVT ZT GmbH vom 30.03.2007, GZ 54420/03, zu genehmigen.

Die neu gebildete Grundparzelle 2380/4 wird als öffentliches Gut – Wege gewidmet.

Der Gemeinderat beschließt zudem, die Vermessung lt. Teilungsplan der Vermessung AVT ZT GmbH vom 10.04.2007, GZ 55610/07, zu genehmigen.

6.3 Genehmigung der Vermessung im Bereich Waldelestraße (Dr. Martin Riml, Schöpf Ursula u. Ernst, Fender Ferdinand)

Im Bereich der Waldelestraße liegt schon seit längerem eine Neuvermessung vor. Teile von Stiegen usw. befinden sich hier historisch auf dem öffentlichen Weg. Mit der Vermessung soll dies bereinigt werden. Zur Höhe des Kaufpreises gibt es eine Diskussion. Es werden zwei Vorschläge eingebracht (€ 170 bzw. € 300 pro m2), wobei nur über den zweiten Vorschlag abgestimmt wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Vermessung lt. Teilungsplan der Vermessung AVT ZT GmbH vom 08.09.2005, GZ 54082/02, zu genehmigen. Die Änderung ist durch Erhaltungsmaßnahmen, Rückbau bzw. Umlegung erforderlich.

Für die Teilflächen 1, 2 und 3 wird die Widmung als öffentliches Gut (Wege) aufgehoben. Der Kaufpreis für die abzutretenden Flächen wird mit € 300,00 pro m2 festgelegt.

6.4 Kaufvertrag Gemeinde Sölden - Gstrein Matthias (Siedlungsgebiet Pitze)

Herr Matthias Gstrein baut in der Pitze ein Einfamilienhaus. Für den Grundverkauf sind die entstandenen Kosten einschließlich Sprengung aliquot zu verrechnen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, entsprechend dem vorliegenden Kaufvertrag sowie lt. Teilungsplan des DI Roman Markowski vom 26.02.2007, GZI. 55595/07, das Grundstück 2506/28 im Ausmaß von 228 m2 zum Preis von € 110,00 pro m2, sohin insgesamt € 22.910,00 an Herrn Matthias Gstrein zu verkaufen. Die anteiligen Kosten für die Durchführung der Sprengerarbeiten werden separat verrechnet.

Die weiteren im vorliegenden Kaufvertrag angeführten Vertragsbestimmungen gelten sinngemäß.

6.5 Grundtausch Gemeinde Sölden - Karlinger Hans-Peter, Panoramastraße 27 (Grundsatzbeschluss zur Vermessung)

Die geplanten Grundteilungen bzw. –abtretungen werden erläutert. Zurückzuführen sind diese auf die Errichtung der Schiüberführung zum Brandle sowie die Errichtung des Schwimmbades (Teilfläche wurde nicht abgelöst). Weiters soll auch eine Flä-

che im Bereich Anraitl vertauscht werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Vermessung lt. Teilungsplan der Vermessung AVT ZT GmbH vom 22.08.2006, GZ 55481/06, zu genehmigen.

Ein Tauschvertrag ist dem Gemeinderat noch zur Genehmigung vorzulegen. Dort erfolgt dann die endgültige Beschlussfassung.

6.6 Vorkaufsrecht der Gemeinde Sölden in EZ 1339 (Atterbury Christiane) - Gp. 4510/2

Zum vorliegenden Kaufvertrag, abgeschlossen zwischen Christiane Atterbury, 6410 Telfs – Obermarkt 43 und der Phoenix Immobilienverwertungs- und Sanierungs GmbH, 6410 Telfs – Obermarkt 43, wird beschlossen, der Löschung des Vorkaufsrechtes in EZ 1339 GB 80110 zuzustimmen unter der Voraussetzung, dass das Vorkaufsrecht beim neuen Eigentümer wieder grundbücherlich eingeräumt wird.

6.7 Zustimmung zur Errichtung einer Mobilfunkanlage beim Einsatzzentrum

Der Gemeinderat beschließt:

Entsprechend dem vorliegenden Bestandsvertrag räumt die Gemeinde Sölden (Bestandgeber) der mobilkom austria Aktiengesellschaft, 1020 Wien, Obere Donaustraße 29, das Recht ein, auf eigene Kosten auf dem Einsatzzentrum Sölden eine Telekommunikationsanlage mit den erforderlichen Tragekonstruktionen samt Behausung für das erforderliche Equipment einschließlich Antennenanlagen sowie einschließlich sämtlicher für Telekommunikationsdienstleistungen erforderlichen technischen Einrichtungen im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften zu installieren, zu betreiben und zu unterhalten sowie dem jeweiligen aktuellen Stand der Technik entsprechend zu ändern und zu erneuern.

Die Kosten für die Herstellung sämtlicher Installationen sowie die Energiekosten der vertragsgegenständlichen Anlagen trägt der Bestandnehmer.

Als Entgelt für die eingeräumten Nutzungsrechte (Bestandentgelt) wird ein jährlicher Pauschalbetrag von EURO 3.600,- zahlbar ab dem Ersten des Monats, in dem mit den Bauarbeiten begonnen wird, vereinbart. Die weiteren im vorliegenden Bestandsvertrag angeführten Bestimmungen gelten sinngemäß.

6.8 Grundverkauf Alpenländische Heimstätte im Siedlungsgebiet Pitze

Die Alpenländische Heimstätte hat einen Antrag auf Grundankauf in Sölden Pitze eingebracht. Es ist die Errichtung von 13 Mietkauf-Wohnungen geplant. Der Gemeinderat stimmt dem Verkauf des benötigten Grundstückes (1.589 m²) aus Gp. 2506/16 zu den bei den bisher getätigten Grundverkäufen festgelegten Bedingungen zu. Der Kaufpreis ist wertgesichert zu ermitteln.

Im Abstandsbereich (südseitig) ist der Gemeinde Sölden ein Parkrecht bzw. Baurecht lt. Stellungnahme des Raumplaners zum Bebauungsplan für die Errichtung von Garagen einzuräumen.

6.9 Kaufvertrag Gemeinde Sölden - Scheiber Pauline/Fender Anita, Gaislachalm

Zu diesem Tauschvorschlag bringt GR Makarius Fender vor, dass er eine Tauschfläche im Bereich Pitze für die Errichtung des geplanten Radweges vorziehen würde. Dazu wird festgestellt, dass bereits die Zusage für diesen Grundtausch erteilt wurde und zudem im Bereich Pitze andere Grundeigentümer die Durchfahrt blo-

ckieren.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

Entsprechend dem vorliegenden Tauschvertrag sowie lt. Teilungsplan des DI Roman Markowski vom 28.11.2006, GZl. 55518/06, vertauschen und übergeben:

1) die Gemeinde Sölden die Teilflächen 2 von 89 m², 5 von 1004 m² und 6 von 543 m² je aus Gst 1920/1, so wie diese liegen und stehen, zu einem 1/4 –Anteil an Frau Paulina Scheiber und zu 3/4 –Anteilen an Frau Anita Fender;

2) die Miteigentümer Paulina Scheiber und Anita Fender das Gst 1545 von 1636 m², so wie dieses liegt und steht, an die Gemeinde Sölden

und die Vertragsparteien übernehmen diese Liegenschaften bzw. Teilflächen jeweils in ihr Alleineigentum bzw. in ihr Eigentum.

Die weiteren, im vorliegenden Tauschvertrag angeführten Vertragsbestimmungen gelten sinngemäß.

6.10 Wegverlegung Granstein - Genehmigung der Vermessung GZ. 55676/07

Die geplante Wegverlegung wird eingehend erläutert und anhand des Orthofotos erklärt. Grundsätzlich kann der Verlegung zugestimmt werden, wenn die Zufahrt zu den nördlich gelegenen Grundstücken dadurch nicht eingeschränkt oder behindert wird. Ein Lokalausweis wird durch Vizebürgermeister Alois Scheiber und GV Urban Gstrein noch durchgeführt.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die Vermessung lt. Teilungsplan der Vermessung AVT ZT GmbH, GZ 55676/07, zu genehmigen.

6.11 Dienstbarkeitszusicherungsvertrag Gemeinde Sölden - TIWAG (Gpn. 4944/2 und 5590) - Öztalstraße - Pill

Im Bereich der Zwieselsteiner Thajen bis Pill wird von der TIWAG eine Leitung erneuert. Davon ist auch Gemeindegrund (Fraktion Untergurgl) betroffen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Dienstbarkeitszusicherungsvertrag mit der TIWAG im Bereich der Gste 4944/2 und 5590 auf die Tagesordnung zu nehmen und zu behandeln.

Der Gemeinderat beschließt, den nachfolgend angeführten Dienstbarkeitszusicherungsvertrag, abgeschlossen zwischen der Gemeinde Sölden und der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG in Innsbruck zu genehmigen: (mit 15 Stimmen einstimmig, ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung)

Die Grundeigentümer räumen hiemit für sich und ihre Rechtsnachfolger im Grundstückseigentum gemäß dem beigehefteten, einen wesentlichen Bestandteil dieses Vertrages bildenden Dienstbarkeitsplan der TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG und deren Rechtsnachfolgern im Eigentum der elektrischen Leitungsanlage das nach-

stehende Recht als Dienstbarkeit ein und die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG erklärt, dieses Recht anzunehmen:

Das Recht der unterirdischen Verlegung, Benützung und Erhaltung von Starkstromkabeln zur Übertragung elektrischer Energie mit einem Drehstromsystemen und einer höchsten Betriebsspannung von 36.000 Volt samt Zubehör in Grundstück 4944/2 und 5590.

Die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG wird berechtigt, nach Verständigung der Grundeigentümer die vertragsgegenständlichen Kabel gemäß Dienstbarkeitsplan zu verlegen, in Betrieb zu nehmen, zu beaufsichtigen, in Stand zu halten, zu erneuern oder zu beseitigen und dazu im unbedingt erforderlichen Ausmaß die Grundstücke durch die hiezu bestellten Personen zu betreten bzw. zu befahren und auf diesen Grundstücken das für die Ausübung der Dienstbarkeit benötigte Material und Baugeräte an- und abzuliefern und im unbedingt erforderlichen Ausmaß (zeitlich und flächenmäßig) vorübergehend zu lagern.

Für die Einräumung der beschriebenen Rechte hat die TIWAG-Tiroler Wasserkraft AG dem Eigentümer der EZ 210 und 212 € 1048,32 inklusive USt. zu bezahlen. Die weiteren, im vorliegenden Vertrag angeführten Vertragsbestimmungen gelten sinngemäß.

7 Wohnungsansuchen ÖVG-Gebäude Zwieselstein

Der Gemeinderat beschließt, der Vermietung der Wohnung TOP 3 im ÖVG-Gebäude in Zwieselstein an Santer Enrico, Kirchweg 3, zuzustimmen. Die Miete wird zu den üblichen Bedingungen festgelegt.

8 Gemeinderatsbeschluss zur Mitgliedschaft im Verein Regionalmanagement Bezirk Imst (Änderung der Laufzeit)

BM Mag. Schöpf berichtet, dass die Laufzeit für den Verein Regionalmanagement Bezirk Imst bis 2015 verlängert werden soll. Damit ist auch eine Ergänzung des Gemeinderatsbeschlusses notwendig.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt laut Gemeinderatsbeschluss vom 15.11.2006, die Mitgliedschaft beim Verein Regionalmanagement Imst (vormals Verein Regionalentwicklung Bezirk Imst) von Jänner 2007 Bezirk Imst) von Jänner 2007 bis Dezember 2013 vorbehaltlich einer positiven Bewerbung um den LEADER Status im Rahmen des Förderprogramms „Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums“.

Die Gemeinde verpflichtet sich zur Aufbringung des Eigenmittelanteils für das LAG-Management entsprechend dem Finanzplan der lokalen Entwicklungsstrategie für die gesamte Förderperiode, das ist bis 31.12.2015.

Die finanzielle Zustimmung durch den Gemeinderat liegt vor.

Der Gemeinderat stimmt weiters inhaltlich der vorliegenden Regionalentwicklungsstrategie der Region Bezirk Imst zu und überträgt die Weiterentwicklung der Regionalentwicklungsstrategie sowie deren weitere Umsetzung bis zum Ende der Förderperiode mit diesem Beschluss den zuständigen Organen des Vereins Regionalmanagement Bezirk Imst.

9 **Verordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung im Bereich Gaislachkogelbahn - Wohlfahrter Brücke**

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird von BM Mag. Ernst Schöpf die Stellungnahme von DI Franz Spiß vom Baubezirksamt Imst vorgelesen. Dieser empfiehlt im Bereich der Wohlfahrterstraße die Verordnung einer Geschwindigkeitsbeschränkung.

GR Michael Falkner gibt zu bedenken, dass jeder mit dem Auto unterwegs ist und eine Geschwindigkeit von 30 km/h äußerst langsam ist.

GR Ing. Gerhard Gstrein schlägt vor, diese Angelegenheit dem Verkehrsausschuss zur Bearbeitung zuzuweisen.

GR Makarius ist für die sofortige Erlassung der Verordnung im Bereich dieser Straße, da sich hier ein Spielplatz befindet, viel Verkehr ist und äußerst schnell gefahren wird. Er berichtet auch, dass das Polizeikommando Sölden vorgeschlagen hat, die bestehenden Geschwindigkeitsbeschränkungen zu überprüfen.

Der Gemeinderat beschließt schließlich, die generelle Überprüfung und Verordnung der notwendigen Beschränkungen dem Verkehrsausschuss zuzuweisen (einstimmig).

10 **Resolution gegen Antennenmasten**

Der Gemeinderat der Gemeinde Sölden spricht sich einstimmig für eine Verbesserung der gesetzlichen Situation hinsichtlich der Genehmigung der sogenannten Handymasten aus. Einer Gemeinde soll es möglich sein, mehr als es der derzeitige Stand der Tiroler Bauordnung zulässt, in die Errichtung derartiger baulicher Anlagen einzugreifen.

Gefordert wird die Abänderung des § 49 Tiroler Bauordnung, wonach derzeit eine Errichtung eines Antennentragmastes nur zurückgewiesen werden kann, wenn das Orts- und Landschaftsbild beeinträchtigt wird. Dieser Zurückweisungsgrund ist viel zu wenig anwendbar, weil es in der Regel schwer nachweisbar sein wird, dass eine Beeinträchtigung in ausreichender Form vorliegt.

11 **Neubestellung der Mitglieder der Höfekommission und der Bezirks-Grundverkehrskommission**

Bürgermeister Schöpf bringt den Gemeinderatsbeschluss vom 7.4.2004 zur Kenntnis, wo angeregt wurde, zur Halbzeit der Legislaturperiode einen Tausch zwischen Mitglied und Ersatzmitglied vorzunehmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

Als Mitglied Höfekommission sowie der Bezirks-Grundverkehrskommission wird Herr Andreas Gstrein, Sölden – Oberwindaustraße 44, vorgeschlagen.

Als Ersatzmitglied der Höfekommission und der Bezirks-Grundverkehrskommission wird Herr Alois Scheiber, Sölden – Moosstraße 1, vorgeschlagen.

12 **Abfallwirtschaft - Ausschreibung mittelfristige Lösung**

Der Gemeinderat beschließt, dass sich die Gemeinde Sölden an der befristeten Behandlung der Abfälle außerhalb Tirols nach ökologischen und ökonomischen

Kriterien entsprechend dem Schreiben von Landesrat DI Hans Lindenberg vom 30.05.2007 beteiligt.

13 **Anträge, Anfragen, Allfälliges**

Der Bürgermeister weist auf die bevorstehende Eröffnung des Einsatzzentrums hin und ersucht um vollzählige Teilnahme der Gemeinderäte am 24. Juni 2007.

GR Michael Falkner berichtet von der Taxisitzung auf der Bezirkshauptmannschaft in Imst am 4.6.2007. Die Kontrollen sollen auch in Zukunft weitergeführt werden. Mit den Taxivertretern ist heuer weiters eine Sitzung geplant.

Das Problem besteht derzeit im „Herumfahren“, das nur sehr schwer zu kontrollieren ist. Auch die ausgewiesenen Standplätze sollen überarbeitet werden.

Zur Anfrage betreffend die Pizzeria in Wohlfahrt teilt Bürgermeister Schöpf mit, dass die Verfahren derzeit beim Höchstgericht sind und aufschiebende Wirkung zuerkannt wurde.

GR Makarius Fender ersucht darum, die Erneuerung der Geländer an der Öztaler Ache auch nördlich vom „Hinterher“ vorzunehmen und eine Anpassung der „Smarties“ ins Auge zu fassen.